

KLARTEXT LAUTERACH

Zugestellt durch Post.at
AUSGABE 2
DAS GEMEINDEMAGAZIN DER GRÜNEN
1/2013



SAUBERE UMWELT. SAUBERE POLITIK.

Harald Walser und Juliane Alton, Grüne SpitzenkandidatInnen für die Nationalratswahl am 29. September

Es ist höchste Zeit für einen politischen Neubeginn in Österreich.

Korruption und Machtmissbrauch haben das Vertrauen in die Politik geschädigt. Wichtige Reformen, von der Schule bis zum Klimaschutz, sind auf der Strecke geblieben.

Wir wollen die drängenden Probleme unserer Gesellschaft lösen und haben ganz konkrete Ideen und Konzepte.

Wir Grüne stehen

- für eine saubere Umwelt und gesunde Bio-Lebensmittel. In allen Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern wollen wir 100% Bio-Essen. Wir wollen eine lückenlose Lebensmittel-Kennzeichnung und strengste Kontrollen.
- für eine Bildungsrevolution. Unsere Vision: Die Schule wird zum Ort, an dem sich alle Kinder wohl fühlen und entwickeln können – unabhängig vom Einkommen der Eltern.

- für ein sorgenfreies Leben. Mit einem gerechten Steuersystem. Mit fairen Mietpreisen und mit gleichem Lohn für Männer und Frauen.
- für Transparenz, Kontrolle und den verantwortungsvollen Umgang mit unserem Steuergeld.

Es ist höchste Zeit, dass sich etwas ändert. Gemeinsam können wir das schaffen.



REGIEREN OHNE GIER

Unsere Spitzenkandidatin Eva Glawischnig über Ziele, Chancen und Visionen.

Mit welchen Konzepten gehen die Grünen in die Wahl am 29. September?

Wir wollen eine andere, eine saubere Politik. Korruption, fehlende Transparenz, Streit und Stillstand von Rot-Schwarz haben das Vertrauen in die Politik erschüttert. Das wollen wir ändern. Mit einer neuen Art des Regierens, ohne Gier.

Wie soll das ausschauen?

Ich will den friedlichen Wettstreit um die besten Ideen statt Aggression. Transparenz und Kontrolle - für uns Grüne immer schon selbstverständlich - sollen in Österreich normal werden.

Was soll konkret passieren?

Wir haben dank Gabi Moser und Peter Pilz viele schwarz-blau-rote Korruptionsskandale aufgeklärt. Leider hat die Regierung den U-Ausschuss abgedreht. Dass U-Ausschüsse von der Opposition eingesetzt werden können, ist Bedingung für eine Grüne Regierungsbeteiligung.

Braucht es weitere U-Ausschüsse?

Offen ist das Thema Eurofighter und die Vorgänge um die Notverstaatlichung der Hypo Alpe Adria, die uns bis zu 10 Milliarden kosten kann. Es darf kein Steuergeld mehr im Korruptionssumpf versickern. Auch das Amtsgeheimnis gehört abgeschafft.

Stichwort Banken: Was sollte da jetzt passieren?

Schadensminimierung. Wir brauchen ein

Pleiterecht für marode Banken und eine verstärkte Überwachung der Finanzmärkte.

Was würden die Grünen in der Regierung außerdem ändern?

Wir sind in fünf Landesregierungen und in vielen Städten zwischen Wien und Grenz vor allem für Energie, Verkehr oder grüne Arbeitsplätze verantwortlich. Das sind auch Schlüsselthemen für den Bund. Im Bildungsbereich brauchen wir eine Revolution. Derzeit zahlen Familien über 100 Mio. für Nachhilfe. Oder das „neue Wirtschaften“: Oberösterreich ist de facto schuldenfrei und hat in Krisenjahren tausende Arbeitsplätze geschaffen. Dann die Frage des leistbaren Lebens, vom Wohnen bis zum Verkehr. Und wir wollen 100% Bio-Essen in Kindergarten und Schulen.

Was ist das Wahlziel der Grünen?

Rot-Schwarz unter 50% zu drücken und eine Regierungsalternative zu ermöglichen. Wir brauchen mindestens 15%, um etwas verändern zu können.

Mit der SPÖ oder mit der ÖVP?

Mit der Partei, die aus den alten Mustern ausbricht und sich in Zukunftsfragen bewegt.

Wer ist die größte Schwachstelle der Regierung?

Umweltminister Berlakovich, der Lobbyist der Agrarindustrie. Ich bin froh, dass wir

uns mit dem Verbot der bienenschädlichen Pestizide doch noch gegen ihn durchgesetzt haben.

Was ist deine Vision für Österreich im Jahr 2020?

Meine beiden Söhne sind dann Teenager. Für sie wünsche ich mir eine offene Gesellschaft. Wir sollten dann nicht mehr von Öl- und Gasimporten abhängen, sondern unsere Energie selbst erzeugen, sauber und erneuerbar aus Sonne, Wasser und Wind.

Ich will in einem Land leben, in dem Frauen gleichgestellt sind, das auf die Schwächsten schaut und allen Kindern dieselben Chancen auf beste Bildung eröffnet – unabhängig von Einkommen oder Herkunft der Eltern.

Und ich sehe Österreich als Teil eines solidarischen Europas, das durch eine gemeinsame Friedenspolitik ein starker Partner auf internationaler Ebene ist.

Bist du nach den vier gewonnenen Landtagswahlen siegessicher?

Ich gehe mit Demut in die Nationalratswahl. Die Skandale in Kärnten und Salzburg haben wesentlich zu unserem Erfolg beigetragen. Mit unseren Themen sind wir in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind: Bildungsreform, grüne Arbeitsplätze, Energiewende. Und die Bilanz von Rot-Schwarz ist so ernüchternd, dass sich viele etwas Neues wünschen.

GEMEINWOHLGEMEINDE LAUTERACH

Ist das Gemeinwohl eine Leitlinie der Politik? Die Förderung des Gemeinwohls durch Gemeinden, Länder und Bund erscheint uns als eine Selbstverständlichkeit – weil deren Instanzen dazu berufen sind, das Wohlergehen ihrer Bürger und Bürgerinnen zu sichern.

Fast alle Akteure reduzieren den Begriff Gemeinwohl ausschließlich auf wirtschaftliche Aspekte. Und das wird zu Recht von immer mehr Leuten kritisiert. Auch unser Landesstatthalter Karlheinz Rüdisser, selbst ein Lauteracher, sieht z.B. eine Reduktion des Gemeinwohls auf die Wirtschaft allein als nicht ausreichend: „Eine zukunftsfähige Gesellschaft oder eine Region mit hoher Lebensqualität kann nicht ausschließlich über wirtschaftliche Dynamik und Leistungskennziffern beurteilt werden“ (Vorum 1/2012).

Was ist aber Gemeinwohl? Die Wirtschaft sagt: „Geht's der Wirtschaft gut, geht's allen gut“. Ist aber tatsächlich der Mensch und seine Umwelt für die Wirtschaft da oder umgekehrt die Wirtschaft für den Menschen und seine Umwelt?

Es ist nun das Verdienst vom Österreicher Christian Felber, erstmals das Gemeinwohl konkretisiert, messbar und umsetzbar gemacht zu haben. Nach ihm beruht die Gemeinwohl-Ökonomie auf denselben Grundwerten, die auch unsere Beziehungen gelingen lassen: Vertrauensbildung, Wertschätzung, Kooperation, Solidarität und Teilen. Wissenschaftlich erwiesen sind gelingende Beziehungen das, was Menschen zufrieden macht und am stärksten motiviert. Gemessen wird das Erreichen von Gemeinwohl mit den Gemeinwohlbilanzen. Auch der rechtliche Anreizrahmen für die Wirtschaft muss entsprechend umgepolzt werden vom reinen Gewinnstreben und Konkurrenz auf Gemeinwohlstreben und Kooperation.

Auf der Ebene von Gemeinden/Regionen sollen nun, neben der rein wirtschaftlichen Dimension auch jene Dimensionen zum Tragen kommen, die unsere Beziehungen gelingen lassen. In einer Gemeinde sind das folgende Kernelemente:

- Die Gemeinde soll für ihren eigenen Verwaltungs- und Wirtschaftsbe-

reich Gemeinwohlbilanzen erstellen und ansässige Unternehmen dazu einladen;

- Sie soll unter Bürgerbeteiligung selbst einen kommunalen Gemeinwohl-Index erstellen unter Berücksichtigung der für Lauterach wichtigsten Lebensqualitätsfaktoren;
- In einem kommunalen Wirtschaftskonvent sollen unter Bürgerbeteiligung jene Spielregeln erarbeitet werden, nach denen die Wirtschaft in der Gemeinde funktionieren soll;
- Die Gemeinde soll mitwirken bei der Installation einer Gemeinwohl-Region, um den Gemeinwohlgedanken zur Erhöhung der Lebensqualität der Mitbürger leichter umsetzen zu können.

Wir möchten auch in unserer Gemeinde Lauterach das Wohlergehen aller durch Kooperation der verschiedenen Interessensgruppen und nicht in gegenseitiger Konkurrenz stärken.

Näheres zum Thema erfahren Sie unter:
www.gemeinwohl-oekonomie.org/de





TRANSPARENZ ALS WICHTIGER GRUNDWERT DER DEMOKRATIE

Vertrauen Sie der Politik?

Für Ihre Wahlentscheidung ist vermutlich wesentlich, den Personen oder Parteien, die Sie wählen, vertrauen zu können. Wem kann man vertrauen? Menschen, deren Zielsetzungen Sie zustimmen und deren Aussagen mit ihrem Handeln übereinstimmen. Wesentliche Voraussetzung für Vertrauen ist also das transparente Handeln.

Ein wesentliches Kommunikationsmittel unserer PolitikerInnen und Parteien ist der Rechnungsabschluss der Gemeinden, der Länder, des Bundes. Weil daraus ablesbar wird, welche Ziele sie sich geben und ob sie die Ziele tatsächlich umsetzen.

Der Rechnungsabschluss basiert ebenso wie Buchführung und Budgetierung auf der Kameralistik, einem Rechnungssystem aus dem 17. und 18. Jahrhundert. Viele europäische Staaten sind von diesem alten System wieder abgerückt, weil modernere Systeme, die auf dem kaufmännischen Rechnungswesen basieren, mehr Informationen bieten und leichter kontrollierbar sind.

Auch unsere Bundesregierung stellt ihr Rechnungswesen ab 1. Jänner 2014 auf ein solch neues System um. Länder und Gemeinden konnten sich dazu noch nicht entschließen. Weil sonst auf Basis solch neuer Systeme Fehlentwicklungen wie z.B. die Spekulationen in Salzburg, Kärnten, Niederösterreich, Linz, aber auch in Vorarlberger Gemeinden, zu früh entdeckt würden?

Mängel in unserer veralteten System sind laut Dr. Egon Mohr, dem Leiter der Finanzabteilung im Amt der Vorarlberger Landesregierung, folgende:

Es fehlen

- einheitliche Bewertungsgrundsätze;
- einheitliche Ansatz- und Postenverzeichnisse (VRV 1997), angelehnt an das UGB;
- einheitliche Verbuchungsregeln (wo und was ist zu verbuchen, z.B. Buchverluste, Derivate, Kursverluste usw.);

Anders ausgedrückt: Wesentliche Posten des Vermögens und der Verbindlichkeiten müssen im Rechnungsabschluss nicht ausgewiesen werden (diverse Finanzanlagen, Vorräte, Rückstellungen etc.). Und: Es gibt keine zwingende rechnerische Verbindung zwischen der Vermögensrechnung und der Einnahmen-Ausgaben-

Rechnung. Damit fehlt auch die rechnerische Kontrolle vom einen zum anderen. Unser Landeshauptmann hat sich im Februar im Zusammenhang mit Diskussionen zu den Spekulationen in verschiedenen Gebietskörperschaften gesprächsbereit zur Umstellung des Rechnungswesens gezeigt. Die Beamten warten aber immer noch vergebens auf entsprechende Direktiven.

Die Grünen haben in Lauterach schon zweimal beantragt, der Kameralistik auch ein kaufmännisches Rechnungswesen anzufügen. Antwort: Brauchen wir nicht.

Ein solch mangelhaftes System bietet keinen vollen Einblick in die Geldflüsse der Körperschaft. Wo bleibt damit die Transparenz? Brauchen wir die nicht? Wird so Vertrauen in die Politik begründet?

(Foto: iStockPhoto.com)



WIE WÄHLE ICH RICHTIG?

Möglichkeiten und Tücken
der Stimmabgabe –
Die drei wichtigsten Tipps

1. Wer Grün wählen will, muss Grün ankreuzen

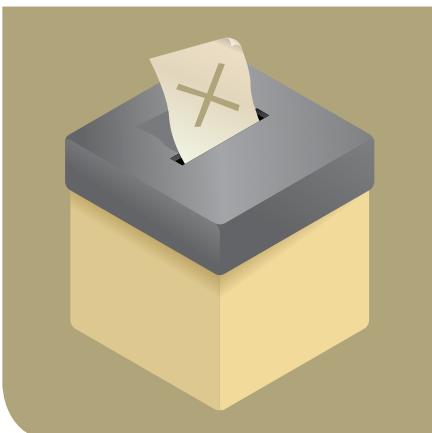
Die wichtigste Stimme ist die Stimme für die Partei. Wer gültig wählen will, sollte daher oben auf dem Stimmzettel die Grünen ankreuzen.

2. Vorzugsstimmen

Es kann für jeweils eine/n grüne/n KandidatIn eine Vorzugsstimme vergeben werden, und zwar auf der Regionalliste (je nach Wohnort: Wahlkreis Nord = Bezirke Bregenz und Dornbirn oder Wahlkreis Süd = Feldkirch und Bludenz), auf der Landesliste Vorarlberg oder auf der Bundesliste. Gültig ist die Vorzugsstimme nur für eine/n KandidatIn der gewählten Partei. Wenn man eine Partei wählt und eine Vorzugsstimme für eine/n KandidatIn einer anderen Partei abgibt, ist die Vorzugsstimme ungültig.

3. Briefwahl (Wahlkarten)

Wer am Wahltag nicht im eigenen Wahlsprengel wählen kann oder will, sollte bei der Gemeinde eine Wahlkarte beantragen bzw. abholen. Wer gültig wählen will, muss das Wahlkupon so zeitig zur Post bringen, dass es bis zum 29. September in der Gemeinde eintrifft.



NATIONALRATSWAHL 2013: VORARLBERGER LANDESLISTEN

Die Grünen Vorarlberg haben bei der Landesversammlung am 19. Oktober 2012 im Löwensaal in Hohenems ihre KandidatInnen für die Nationalratswahl 2013 gewählt.

LANDESLISTE

1. Dr. Harald Walser
AHS-Direktor, Altach
2. Dr.ⁱⁿ Juliane Alton
Geschäftsführerin, Dornbirn
3. DSAⁱⁿ Brigitte Stadelmann
Sozialarbeiterin, Bregenz
4. Daniel Haim
Student, Wien
5. Mag.^a Nina Tomaselli
Dipl. Volkswirtin, Frastanz
6. Wolfgang Pendl
Unternehmer, Bregenz
7. MSC Caroline Terzer
Softwareentwicklerin, Göfis
8. Günter Schobel
Unternehmer, Höchst
9. Dr.ⁱⁿ Eva Häfele
Projektmanagerin, Dornbirn
10. Mag. Peter Fischer
Lehrerausbildner, Rankweil
11. Dr.ⁱⁿ Jutta Gnaiger-Rathmanner
Ärztin, Feldkirch
12. Peter Häggerle
Landesbeamter, Dornbirn
13. Sandra Schoch
Unternehmensberaterin, Bregenz
14. Reinhard Kuntner
Elektrotechniker, Feldkirch
15. Dr.ⁱⁿ Angelika Gabriel-Ritter
Organisationsentwicklerin, Feldkirch
16. Dr. Frank Matt
Facharzt, Lochau

WAHLKREIS SÜD

1. Dr. Harald Walser
AHS-Direktor, Altach
2. Mag.^a Nina Tomaselli
Dipl. Volkswirtin, Frastanz
3. Daniel Haim
Student, Wien
4. MSC Caroline Terzer
Softwareentwicklerin, Göfis
5. Mag. Peter Fischer
Lehrerausbildner, Rankweil
6. Dr.ⁱⁿ Jutta Gnaiger-Rathmanner
Ärztin, Feldkirch
7. Reinhard Kuntner
Elektrotechniker, Feldkirch
8. Dr.ⁱⁿ Angelika Gabriel-Ritter
Organisationsentwicklerin, Feldkirch
9. Mag. (FH) Thomas Ender
Coach, Götzing
10. Hildegard Schlatter
Verwaltungsangestellte, Nenzing
11. Erwin Sperger
Pensionist, Bludenz
12. Dr.ⁱⁿ Johanna Rohrer
Ärztin, Rankweil

WAHLKREIS NORD

1. Dr.ⁱⁿ Juliane Alton
Geschäftsführerin, Dornbirn
2. DSAⁱⁿ Brigitte Stadelmann
Sozialarbeiterin, Bregenz
3. Wolfgang Pendl
Unternehmer, Bregenz
4. Dr.ⁱⁿ Eva Häfele
Projektmanagerin, Dornbirn
5. Günter Schobel
Unternehmer, Höchst
6. Sandra Schoch
Unternehmensberaterin, Bregenz
7. Peter Häggerle
Landesbeamter, Dornbirn
8. Christine Vetter
Behindertenpädagogin, Lustenau
9. Dr. Frank Matt
Facharzt, Lochau
10. Gabriela Harmtoldt
Kommunikationsdesignerin, Hohenems
11. Gottfried Winkel
Gemeindeangestellter, Bezau
12. MMag. Thomas Mazzurana
Soziologe, Dornbirn

KURZ & BÜNDIG: DAS GRÜNE WAHLPROGRAMM

100 % BIO. 0% KORRUPT.

Wir wollen Österreich verändern. Hier unsere wichtigsten Ideen und Konzepte für die nächsten Jahre im Überblick.



- 100 % erneuerbare Energie: in 15 Jahren beim Strom, in 25 Jahren beim Heizen, in 35 Jahren beim Verkehr.
- Schutz unserer Naturjuwele.
- Projekt „1 Million Solar-Dächer“: Häuser werden Kraftwerke.
- Mehr Öffis, weniger zahlen: 1 Milliarde mehr für Bahn, Bus und Fahrrad bis 2018.



- Untersuchungsausschuss als Minderheitsrecht.
- Mehr Geld für Korruptionsbekämpfung und eine unabhängige Staatsanwaltschaft.
- Spekulationsverbot für öffentliche Gelder.
- Grundrecht auf Information, Abschaffung des Amtsgeheimnisses: Gläserner Staat, nicht gläserne BürgerInnen.



- Drin ist, was drauf steht: lückenlose Kennzeichnung und strengste Kontrollen bei unseren Lebensmitteln.
- 100% Bio: in allen Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern.
- Bioland Österreich: Fördermittel für 20.000 neue Biobauern und -bäuerinnen.
- Saatgut-Vielfalt und Bienenschutz statt Giftmittel und Agrarindustrie.



- Kein Kind zurücklassen: Jedes Kind wird gefördert – keines braucht Nachhilfe.
- Bildung plus Familie: Rechtsanspruch auf Kindergartenplatz und ganztägige Schulbetreuung.
- Die Jugend fährt auf Öffis ab: um max. 60 Euro im ganzen Land unterwegs.
- Die Uni-Milliarden: für erstklassige Hochschulen und leistbares Studieren.



- Öffi-Jahresticket 365: 1 Euro pro Tag im Bundesland. 2 Euro über die Landesgrenze. 3 Euro österreichweit.
- Mieten runter: Wohnungspreise werden fair und überprüfbar.
- Gesetzlicher Mindestlohn: ein Einkommen zum Auskommen.
- Soziale Absicherung für 380.000 Ein-Personen- und Kleinstunternehmen.

Alle Infos über den Grünen Wahlkampf und Grüne Ideen, die die Welt verändern, unter:

www.gruene.at | facebook.com/diegruenen | twitter.com/gruene_austria

IMPRESSUM

Klartext Lauterach
Nr. 2 (1/2013)



Redaktion: Ekkehard Muther

Herausgeber:
Die Grünen Lauterach

Fotos: Die Grünen Österreich,
Die Grünen Vorarlberg,
Die Grünen Lauterach

Für den Inhalt verantwortlich:
Die Grünen Lauterach
Unterer Schützenweg 15
6923 Lauterach
T 05574 47488
F 05574 47488-10